

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 31 (1952)
Heft: 8-9

Artikel: Wer treibt zum Krieg?
Autor: Miville, Carl / Moszkowska, Natalie / V.G.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336661>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ganz zum Opfer gefallen ist und mehr Lebensweisheit und Charme bewahrt hat als unsere nur auf Fortschritt, Bessermachen, Organisieren eingestellte Kultur, beweisen viele Symptome. Wenn man verstehen lernt, daß «dolce far niente» und Fatalität nicht Faulheit sind, sondern eher tiefes Verstehen, eine Haltung des «Lebens und Lebenlassens», wird man an Mexikos Zukunft nicht zweifeln. Solange ein Autobuschauffeur den ganzen Fahrplan um einige Minuten verzögert, um sich und einigen Mitfahrern Zahnstocher zu erstehen, oder ein Polizist seinen Verkehrsdirigentenposten verläßt, um zu jemandem ins Auto zu steigen, es zur erfragten Adresse zu geleiten und dann per Autostopp zu seinem Posten zurückzukehren, so lange ist keine Gefahr der Verkümmерung und allzu weitgehenden Bürokratisierung dieses Volkes zu befürchten.

C A R L M I V I L L E

Wer treibt zum Krieg?

Im Mai/Juni-Heft 1952 der «Roten Revue» veröffentlichte die bekannte sozialistische Schriftstellerin *Natalie Moszkowska* einen Artikel: «Das kapitalistische Endstadium», der nicht unwidersprochen bleiben soll. Es ist notwendig, diese Entgegnung mit einigen wenigen Zitaten aus dem erwähnten Artikel einzuleiten. N. Moszkowska schreibt unter anderem:

«Infolge der Russischen Revolution, die durch den Ersten Weltkrieg ausgelöst wurde und eine ganze Kette von sozialen Umwälzungen nach sich zog, gesellte sich zu den alten imperialistischen Anlässen für Kriege noch ein neuer – den kapitalistischen Mächten konjunkturpolitisch nicht unwillkommener – Anlaß ...»

Ein dritter Weltkrieg, ein interkontinentaler Krieg würde außer der Vorbeugung einer Wirtschaftskrise, die sich vor dem Koreakonflikt in Amerika und auch in Europa schon angekündigt hatte, noch die Niederringung des Kommunismus bezwecken. Im letzten Entwicklungsstadium des Imperialismus wird nämlich nicht nur um Absatzmärkte, Kapitalanlagegebiete und Rohstoffquellen gerungen. Es handelt sich nicht allein um eine Auseinandersetzung zwischen Staaten desselben Wirtschaftssystems. In den Vordergrund rückt die Frage der Gesellschaftsordnung ...»

Die USA treiben die westeuropäischen Staaten zu vermehrter und beschleunigter Rüstung. Im erschöpften Westeuropa, das nur über beschränkte Mittel verfügt und die riesigen Rüstungskosten trotz amerikanischer Rüstung nicht tragen kann, entsteht eine – vorläufig schwache – Tendenz, sich von der amerikanischen Kriegspsychose nicht beeinflussen zu lassen ...»

Mit diesen Sätzen wird gesagt, daß Amerika den Dritten Weltkrieg vorbereite, weil es diesen Krieg aus konjunkturpolitischen Gründen brauche und weil es in diesem Krieg den Kommunismus vernichten wolle. Im ganzen Artikel der Natalie Moszkowska findet sich nicht ein einziger Hinweis auf die bolsche-

wistische Kriegstreiberei, welche uns die Politik des Ostens von Tag zu Tag in immer augenfälligeren Beispielen demonstriert.

Die Autorin des inkriminierten Artikels attestiert der Russischen Revolution nach wie vor das Verdienst, «soziale Umwälzungen» hervorgerufen zu haben. Zwischen den Zeilen liest man nur allzu deutlich die Bejahung dieser Umwälzungen. Wir wundern uns darüber, daß eine Sozialdemokratin die bolschewistische Sklavenwirtschaft, die Vernichtung der freien Gewerkschaften, die Abschaffung aller individuellen Persönlichkeitsrechte, die Unterjochung fremder Völker und die diktatorische Verachtung der Menschenwürde so leicht übergehen kann. Wir staunen über den Schwund des internationalen Solidaritätsbewußtseins vieler Genossen, die bei ihrer Beurteilung der Sowjetunion und der Volksdemokratien überhaupt nicht mehr an das Schicksal der Sozialdemokraten und freien Gewerkschafter in diesen Ländern zu denken scheinen.

Kann man heute die Ursachen der Kriege wie vor fünfzig Jahren ausschließlich in den Widersprüchen und Krisenanfälligenkeiten der kapitalistischen Wirtschaft suchen? Kann man einfach darüber hinwegsehen, daß die bolschewistische Diktatur einen neuen kriegslüsternen Imperialismus geschaffen hat? Die Politik der letzten Jahre sollte einen das Gegenteil lehren. Die Nordkoreaner haben Südkorea nicht angegriffen, um damit dem kapitalistischen Westen aus wirtschaftlichen Schwierigkeiten herauszuhelfen, sondern weil ihnen Moskau diesen Kriegsakt befohlen hat. Die Russen haben Berlin nicht blockiert, sie haben vor kurzem nicht den Angriff auf ein schwedisches Flugzeug durchgeführt, sie militarisieren nicht die deutsche Ostzone, und sie entführen nicht Menschen aus Westdeutschland, weil sie Freunde des Friedens sind, sondern weil sie auf den Krieg hinarbeiten.

Die demokratischen Staaten des europäischen Westens schließen sich nicht deshalb zu einer Verteidigungsgemeinschaft zusammen, weil es ihnen die USA befohlen haben, sondern weil die Sowjetunion durch ihre ständigen Übergriffe und durch ihre unerhörte Aufrüstung seit Jahren die Welt in Angst und Schrecken versetzt hat. Nur als Folge dieses Zustandes ist es zum Atlantikpakt gekommen, der nun natürlich den Amerikanern nicht nur Pflichten auferlegt, sondern auch gewichtige Mitspracherechte gebracht hat.

Wer nicht an den bolschewistischen Imperialismus als Fortsetzung des zaristischen Imperialismus glaubt, der sei wieder einmal an jene Worte erinnert, mit denen Josef Stalin am 2. September 1945 die Kapitulation der japanischen Armee am russischen Radio begrüßte:

«Der Flecken der Niederlage von 1904 ist ausgelöscht. Vierzig Jahre lang haben wir Männer der älteren Generation auf diesen Tag gewartet. Japan hat seine Niederlage anerkannt. Das heißt, daß Südsachalin und die Kurilischen Inseln zur Sowjetunion kommen werden und nicht länger als Mittel dienen, die Sowjetunion vom Ozean zu trennen. Statt dessen werden sie als Mittel dienen, die direkte Verbindung mit dem Ozean herzustellen ...»

Die geschulte Marxistin Moszkowska wird Schwierigkeiten haben, aus diesen Sätzen auch nur ein Quentchen Marxismus herauszulesen. Sie wird sich daran erinnern, daß die Sozialisten in aller Welt und mit ihnen Lenin im Jahre 1904 die Niederlage der zaristischen Selbstherrschaft gegen Japan begrüßt haben.

Wir haben als Sozialdemokraten nichts dagegen, wenn man die amerikanische Politik «unter die Lupe» nimmt und aufzeigt, was für Kriegsgefahren der Kapitalismus nach wie vor birgt. Wir müssen aber verlangen, daß dies in objektiver Weise getan wird und daß man auch die Kriegstreibereien der Stalinisten geißelt, statt auf scheinwissenschaftliche Weise und unter Zuhilfenahme von ideologischen Verbrämungen die bolschewistische Macht- und Kriegspolitik zu rechtfertigen.

Entgegnung an C. Miville

Die vielen unhaltbaren Behauptungen Mivilles, der von historischen und ökonomischen Kenntnissen unbeschwert zu sein scheint, richtigzustellen, würde zu viel Raum beanspruchen. Und so will ich im folgenden nur drei wesentliche Punkte des Artikels meines Kritikers berühren.

1. Miville spricht von «bolschewistischer Kriegstreiberei».

Wer hat wen angegriffen? Das kommunistische Rußland etwa die kapitalistischen Staaten oder umgekehrt? Sehen wir, was der bekannte Geschichtsforscher H. G. Wells darüber berichtet:

«Auf das erschöpfte Land (Rußland nach der Revolution) wurden Expeditionen losgelassen, man bewaffnete und unterstützte Insurgenten und räuberische Eindringlinge, und keine Art des Angriffs war den angsterfüllten Feinden der bolschewistischen Regierung zu gemein oder zu ungeheuerlich.» (Die Geschichte unserer Welt. Zürich 1948, S. 376.)

Das gleiche wiederholt sich heute gegenüber dem kommunistischen China. Ein so entschiedener Gegner des Bolschewismus wie Willy Eichler sah sich genötigt, folgendes festzustellen:

«Einflußreiche Kreise in Amerika» möchten «am liebsten eine Spezialluftwaffe ausrüsten, um die wirtschaftlichen und politischen Interessen des neuen Chinas zu vernichten und auf diese Weise den kommunistischen Sieg zu liquidieren.» («Geist und Tat», Hamburg 1950, S. 51.)

Und so müssen wir mit Aneurin Bevan sagen, «daß es eine *ungeheuerliche Auslegung der Geschichte* ist, zu behaupten, die SU würde einen Krieg in Westeuropa (und nicht etwa die USA einen Krieg in Osteuropa oder Asien — d. V.) beginnen». (Rede Bevans, März 1952.)

2. «Die bolschewistische Diktatur» habe, sagt Miville, «einen kriegslüsternen Imperialismus geschaffen.» «Der bolschewistische Imperialismus» sei «eine Fortsetzung des zaristischen Imperialismus.»

Wie ist es in Wirklichkeit?

Das neue russische Regime hat nach der Revolution den nationalen Egoismus aufgegeben und die sozialistischen Grundsätze in der Außenpolitik aufrichtig befolgt. Es verzichtete auf alle russischen Forderungen hinsichtlich asiatischer Gebiete, trug kein Begehren nach fremden Territorien, anerkannte nicht die diesbezüglichen Abmachungen des alten Regimes mit den europäischen Mächten, gab die schon erreichten Positionen in Persien, Zentralasien und im Fernen Osten auf. Es brach mit dem bisher international geübten Gebietsraubsystem, setzte sich für totale Abrüstung und für die Befolgung demokratischer Prinzipien im zwischenstaatlichen Verkehr ein.

«Die Bolschewisten hatten», schreibt J. Deutscher, «die Archive der Zarenregierung geöffnet, alle Geheimverträge veröffentlicht, auf alle Rechte aus diesen Verträgen verzichtet, die *unwiderrufliche Preisgabe aller imperialistischen Zielsetzungen proklamiert* und eine neue Aera offener und ehrlicher Beziehungen zwischen den Völkern angekündigt. Die Revolution konnte nur einen ‚gerechten und demokratischen Frieden‘ ohne Annexionen und Entschädigungen unterschreiben...» Ein «einzigartiger Akt eines revolutionären Idealismus»... «Es dauerte freilich nicht lange, da wurden die Führer des Sowjetstaates in eine Lage gebracht, in der sie *aus Gründen der Selbstverteidigung* zu den herkömmlichen Methoden der Diplomatie ihre Zuflucht nehmen mußten.» («Stalin oder die Geschichte des modernen Rußlands». Europa-Verlag, Zürich 1951, p. 406.) (Kursiv von mir hier und im folgenden.)

«Die Weltrevolutionspolitik Rußlands in den ersten Jahren ihres Bestandes... war... eindeutig sozialistisch», räumt selbst Karl Czernetz ein. («Zukunft», Wien 1946, S. 4*.)

Nicht nur zur Zeit Lenins, sondern auch zur Zeit Stalins war die Außenpolitik der SU eine überaus friedliche.

«Das Jahrzehnt Litwinow-Politik... war ein Jahrzehnt großer Geduld der SU. Erst als sie erschöpft war, vollzog der Kreml... die entscheidende Wendung». (Eugen Kogon. «Frankfurter Hefte», Mai 1946, S. 2.)

3. Merville bezeichnet die Zustände in Rußland als «bolschewistische Sklavenwirtschaft».

Die Diktatur in Rußland nach der Revolution war nur als *Notmaßnahme* für einen Übergangszustand gedacht. In der Zeit der Wandlung der Gesellschaftsordnung sollte die Macht konzentriert sein, bis einmal die Kräfte, die die alte Ordnung erhalten wollten, überwunden wären und die neue Ordnung sich festigen würde. Daß der Notzustand dauernden Charakter bekommen hat, daß die Diktatur nicht bald durch eine politische Demokratie ersetzt werden konnte, daran ist der Westen «nicht ohne Schuld». Als der erste kommunistische Staat hat Rußland «den infernalen Haß des Bürgertums der ganzen Welt auf sich geladen» (Harold Laski). Statt alle Kräfte dem Ausbau eines demokratischen sozialistischen Gemeinwesens, einer neuen höheren Daseinsgestaltung zu widmen, sah sich Sowjetrußland genötigt, den

* Ich zitiere fast durchweg *entschiedene Gegner* des Kommunismus.

Kampf mit dem Kapitalismus der ganzen Welt aufzunehmen, alle Kräfte in diesem Kampf aufzubrauchen.

Die einst unter dem Druck der Notlage temporär eingeführte Diktatur mußte zur permanenten Staatsform werden. Sie ist eine Schutzeinrichtung, bedingt durch zwingende Kriegserfordernisse, ein Instrument der nationalen und sozialen Verteidigung. Die dem russischen Volke gegebenen Verheißen politischer Freiheiten und besserer Lebensbedingungen konnten wegen der Anfeindungen und Interventionen seitens nicht nur der erklärt faschistischen, sondern auch der demokratischen Staaten bisher nicht verwirklicht werden. Wären die Aggressionen von außen ausgeblieben, so hätten die Einschränkungen der politischen Freiheiten des Bürgers in Rußland und in den Volksdemokratien kurz befristet sein können. «Je mehr ein Staat von außen bedroht ist, um so weniger Freiheiten vermag er dem eigenen Volke zu bieten» (Wells).

«Lenin entwickelte vor dem Sieg der Oktoberrevolution und auch in den Anfängen des Sowjetstaates eine sehr demokratische Vorstellung über die Diktatur des Proletariats» (J. Hindels. «Zukunft» 1949, S. 174). Auch die von Stalin entworfene und 1936 zum Gesetz erhobene russische Verfassung garantierte demokratische Bürgerrechte. Die Tendenz zur Demokratisierung wurde jedoch durch die Aggressionsgefahren von außen unterdrückt.

Haben in den 1930er Jahren die Aufrüstungen des Hitler-Regimes die innenpolitische Liberalisierung in Rußland verhindert, so sind es jetzt die Aufrüstungen des Regimes der USA, die in gleichem Sinne wirken. «Der robuste amerikanische Kapitalismus», der für Dollars alles zu kaufen sucht, «Völker, Staaten, Parteien, Revolutionen...» (Hindels), der im Osten gegenrevolutionäre Bewegungen aufzieht, der im Westen zu gigantischen Rüstungen antreibt, verzögert die Entwicklung zur politischen Freiheit und sozialen Gerechtigkeit nicht nur in den kommunistischen Ländern, sondern in der ganzen Welt.

Das Bild, das im Westen Leute wie Miville, die dem antibolschewistischen Komplex verfallen sind, von den kommunistischen Ländern machen, ist einer Karikatur ähnlicher als einem wirklichen Bild.

Wenn es sich um irgendwelche Verfehlungen handelt, die «dem östlichen Kommunismus entstammen, so pflegen sie Punkt für Punkt registriert und kommentiert zu werden... Anders jedoch, wenn es sich um Symptome sinkender politischer Moral auf der westlichen Erdhälfte (wie zum Beispiel das Werben der USA um die Gunst Franco-Spaniens) handelt» (Fernando Fulano. «Volksrecht», Zürich 14. Aug. 1952).

Zum Schluß möchte ich noch bemerken, daß Miville *nicht nur meine* Auffassung von den kommunistischen Ländern verurteilt, sondern, wie er selber zugeben muß, diejenige «vieler Genossen». Ich stehe also mit meiner Auffassung durchaus nicht allein da. Dr. Natalie Moszkowska

(Vgl. Schlußbemerkung der Redaktion, S. 250.)

Schlußbemerkung der Redaktion

Seit Jahr und Tag trägt unsere Zeitschrift auf ihrem Umschlag den Vermerk: «Die von den Mitarbeitern der „Roten Revue“ vertretenen Ansichten und Werturteile sind nicht unbedingt auch diejenigen der Redaktion.» Im Sinne dieses Vorbehaltes, der — im Rahmen des zur Verfügung stehenden Raumes — die Freiheit grundsätzlicher Aussprache unter Genossen gewährleisten soll, nimmt die Redaktion bei polemischen Auseinandersetzungen weder für den einen noch für den andern Autor Partei; sie bemüht sich vielmehr, eine ähnliche Haltung zu bewahren, wie sie etwa der Leiter einer kontradiktionsreichen Versammlung den Votanten gegenüber einzunehmen hat.

Da die auf dem Umschlag angebrachte Bemerkung von manchen Lesern jedoch übersehen wird und da sie in den gebundenen Jahrgängen (infolge Entfernung des Umschlages) nicht mehr figuriert, möge sie nun einmal auch im Text der Zeitschrift erscheinen.

Ausnahmsweise erklärt der Redaktor expressis verbis, daß er weder mit dem Standpunkt von C. Miville noch mit demjenigen von N. Moszkowska identifiziert zu werden wünscht, weil ihm beide Autoren mehr oder weniger einseitige Aspekte der Wirklichkeit vor Augen zu haben und nur Teile der komplexen Wahrheit auszusprechen scheinen.

V. G.

Hinweise auf Zeitschriften

Krise der Demokratie

Die Krise der bürgerlichen Demokratie besteht darin, daß ihre nichtökonomischen Institutionen das gesellschaftliche Geschehen nicht mehr erfassen können, weil dieses vor allem aus dem Zusammenwirken ökonomischer Kräfte besteht. Die Gesellschaft trägt die parlamentarische Institution wie ein Riese seinen Kinderanzug. Der größte Teil des Körpers, der größte Teil der Gesellschaft befindet sich nicht mehr in diesen Formen, denen sie entwachsen ist. Auf diese Tatsache reagiert der Bolschewismus, um im Vergleich zu bleiben, mit der Abschaffung der Kleider, statt mit ihrer Ergänzung, ihrem neuen Zuschnitt, oder mit ihrem Ersatz durch eine Zwangsjacke. Die Einsicht, daß neue Formen geschaffen werden müssen, die die dynamischen Kräfte der heutigen Gesellschaft erfassen, damit sie sich weder verlaufen noch explodieren, müßte jeder Diskussion über die Krise der Demokratie zugrunde liegen.

Die Frage wird von dem Freiburger Völkerrechtslehrer Professor Wilhelm Grewe im *Monat* (36) unter dem Titel *Parteienstaat — oder was sonst?* untersucht, aber negativ beantwortet. Es gibt also nichts sonst! Grewe setzt sich mit dem sogenannten Einparteienstaat auseinander, prüft die Möglichkeiten eines Zweiparteiensystems in Deutschland nach englischem Vorbild und nimmt mit erfreulicher Entschiedenheit gegen den «geradezu traditionellen politischen Denkfehler» Kontinentaler Stellung, englische Einrichtungen, womöglich mißverstandene, aus ihren realen Voraussetzungen herauszulösen und auf kontinentale, andersartige Verhältnisse zu übertragen. So sieht Grewe nur noch eine Institution, die die Form des parlamentarischen Parteienstaates durch eine andere ersetzen könnte, und zwar das «ständische» Wirtschaftsparlament, das seiner Ansicht nach